

Entwicklungspolitik ist nicht nur eine humanitäre Aufgabe

Bundesminister Dirk Niebel stellt Ziele seiner Strukturreform vor / Auch Privatwirtschaft soll ihren Nutzen ziehen

Von Marion Selent-Witowski

Calw-Hirsau. Zahlreiche Einzelpersonen, kirchliche und andere Gruppierungen im Kreis Calw engagieren sich für Menschen in Entwicklungsländern wie Mali, Kenia oder Äthiopien. Sie sorgen dafür, dass das dringend benötigte Geld für Aufbauprojekte auch wirklich dort ankommt, wo es benötigt wird. Doch wie zielgerichtet und nachhaltig ist die deutsche Entwicklungszusammenarbeit in Bereichen wie Bildung, Gesundheit und ländliche Entwicklung?

Effizienter und vor allem auch transparenter muss sie werden – sagt Dirk Niebel, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Der FDP-Politiker stellte die neuen Ziele für die Entwicklungszusammenarbeit gestern auf Einladung der Liberalen auf Orts- und Kreisebene im Hotel »Kloster Hirsau« vor.

Die Entwicklungszusammenarbeit, für die in diesem Jahr rund 4,5 Milliarden Euro

zur Verfügung stehen, soll vor allem wirksamer werden, betonte Niebel.

»Nicht in die Schuh-Sammlung der Diktatoren-Gattin investieren

Ein erster Schritt in diese Richtung sei die Zusammenlegung der drei Organisationen Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), Deutscher Entwicklungsdienst (DED) und Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH (InWent) zu einer Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) für eine Entwicklungspolitik aus einem Guss. So könnten die Mittel zielgerichteter eingesetzt werden und nicht »in die Schuhsammlung der Diktatoren-Gattin investiert werden«.

Bislang habe es nach außen zu viele einzelne Ansprechpartner gegeben. »Die Verwaltung wird effizienter und wir sparen Geld ein, dass wieder



Die Landtagsabgeordnete Beate Fauser und Gastredner Dirk Niebel, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, begrüßten sich gestern herzlich. Foto: Selent-Witowski

rum in Hilfsprojekte investiert werden kann«, sagte Niebel. Zudem solle künftig besser mit dem Auswärtigen Amt kooperiert werden, um nach außen einheitlich aufzutreten. Deutschland sei weltweit das drittgrößte Geberland. Darauf dürfe man zum einen stolz sein, zum anderen habe der Steuerzahler aber auch das Recht darauf, klare Ergebnisse zu sehen.

Zur Neuausrichtung der Arbeit des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gehört laut Niebel auch, verstärkt die Privatwirtschaft mit ins Boot zu nehmen. »Es dürfen auch eigene Interessen verfolgt werden«, sagte der FDP-Politiker. Die Zusammenarbeit von Entwicklungspolitik und Wirtschaft könne zu einem beiderseitigen Nutzen beitragen, wenn deutsche Mittelständler sozial- und umweltverträglich in Schwellen- und Entwicklungsländern investieren. Das BMZ will als Schnittstelle zwischen Bund

und Ländern, Politik und Unternehmen sowie Verbänden fungieren.

Dafür werde ein neues Referat mit 30 Mitarbeitern eingerichtet, die über die Wirtschaftsverbände kleine und mittelständische Unternehmen beraten. »Wir wollen privates Geld gewinnen, das den Entwicklungsländern dabei hilft, Armut selbst zu bekämpfen«, so Niebel.